



## Liebe Leserinnen und Leser



Die Versorgungssicherheit unseres Landes ist ein wichtiges Anliegen der SVP. Bereits vor dem Ukraine-Krieg setzte sich unsere Partei für eine Stärkung der hiesigen Produktion ein. Mit dem Konflikt im Osten Europas, der zeitlich nicht absehbar ist, verschärft sich das Problem. Dies auch vor dem Hintergrund, dass die Ukraine die Getreidekammer Europas ist. Der Krieg in der Ukraine gefährdet die Versorgungssicherheit vieler Länder. Die Schweiz ist ebenfalls betroffen, auch wenn die Produkte nicht direkt aus der Ukraine oder Russland kommen. Viele Importe in unser Land kommen laut Zollstatistik zwar aus der EU, haben ihren Ursprung jedoch im Kriegsgebiet. Der aktuelle Konflikt zeigt uns schonungslos auf, dass wir gut daran tun unsere inländische Versorgung mit Nahrungsmitteln zu stärken und dabei die Abhängigkeit von Importen zu senken. Der Bundesrat fordert von den Schweizer Bauern ab 2024 zusätzlich 3,5 % Ökoflächen auf der offenen Ackerfläche, den frucht-

barsten Böden in der Schweiz. Und dies, obwohl die Bauern bereits heute fast dreimal mehr (19 %) Ökoflächen ausscheiden als sie gesetzlich dazu verpflichtet wären. Zudem wird durch die Hintertür eine massive Reduktion der Tierbestände eingeführt.

Was sind die Folgen davon: Trotz Krieg in Europa setzt der Bundesrat auf teure Importe und Abhängigkeit vom Ausland, statt auf einheimische Produktion und Souveränität. Der Bundesbeschluss vom 14. März 2017 über die Ernährungssicherheit, die vom Schweizer Stimmvolk mit starken 78.7 % angenommen wurde, lässt grüssen.

Das Nachsehen haben die Schweizer Landwirtschaft, die Konsumentinnen und Konsumenten sowie die Umwelt, denn die Produktion von Schweizer Produkten nach unseren Qualitätsvorgaben, die nicht über halb Europa transportiert werden müssen, schaden der Umwelt sicher nicht mehr als Importe aus dem Ausland. Für die SVP ist klar, dass sie diesen Missständen nicht tatenlos zuschauen wird und wir fordern, dass alle produktionssenkenden Massnahmen, die bereits eingeführt wurden oder die in den nächsten Jahren zusätzlich umgesetzt werden sollen, vom Bundesrat überdenkt werden. Wie keine andere Partei setzen wir uns für eine einheimische Produktion ein.

Angela Lüthold-Sidler  
Präsidentin SVP Kanton Luzern

### Wichtiges im Mai/Juni



- 16** | Session Kantonsrat
- 17** | Session Kantonsrat
- 23** | Session Kantonsrat
- 30** | Session National- und Ständerat vom 30.5. – 17.6.
- 02** | Anlass Klimaschutz und Versorgungssicherheit, Emmen  
→ Anmeldung auf Seite 4

**15. Mai 2022**

Volksabstimmung: Parolen SVP Kanton Luzern





## 200 Franken sind genug!

**Die Missstände bei der SRG müssen bekämpft werden. Zudem sollen das Gewerbe und Alleinlebende nicht übermässig mit den geräteunabhängigen Zwangsgebühren belastet werden. Das Mittel dazu ist die Volksinitiative zur SRG «200 Franken sind genug!».**

Die SRG ist in der vergangenen Zeit immer mehr in die Kritik geraten. Das zeigt etwa die grobe Entgleisung von Moderator Sandro Brotz in der Arena-Sendung vom 18. März 2022 gegenüber SVP-Fraktionspräsidenten Thomas Aeschi. Bei der Ombudsstelle von Schweizer Radio und Fernsehen SRF gingen daraufhin 46 Beanstandungen ein. Aus Sicht der SVP ist die überparteiliche Volksinitiative zur SRG «200 Franken sind genug!» die Antwort auf das Gebaren des Staatssenders. Die SVP unterstützt die Initiative, die unter anderem die Tätigkeiten der SRG auf den Kernauftrag der Grundversorgung beschränken will.

### **Weltweit höchste geräteunabhängigen Radio- und Fernsehgebühren**

Die Initiative «200 Franken sind genug!» verlangt, dass die heute weltweit höchsten geräteunabhängigen Radio- und Fernsehgebühren von 335 Franken pro Haushalt und Jahr auf 200 Franken beschränkt werden. Unternehmen und Gewerbebetriebe

werden von der Gebühr befreit. Unternehmen und Gewerbebetriebe bezahlen heute eine vom Umsatz abhängige SRG-Abgabe. Dabei ist es unerheblich, ob sie das SRG-Angebot überhaupt nutzen. Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes, betont, dass sich die Unternehmen, von Anfang an gegen diese unsinnige Abgabe gewehrt hätten. Er kritisiert: «Die Abgabe widerspricht dem steuerrechtlichen Grundsatz, Doppelbesteuerungen zu vermeiden.»

### **Weiterhin helfen**

Die Volksinitiative will den sprachlichen Minderheiten durch einen Finanzausgleich weiterhin gleichwertige Programme, wie jene des Deutschschweizer Radios und Fernsehens SRF, ermöglichen. «Da der Wettbewerb in der Deutschschweiz besser spielt als beispielsweise im Tessin, kann und soll vor allem das deutschsprachige SRF massiv zurückgestutzt werden», erklärt Marco Chiesa, Ständerat und Präsident der SVP Schweiz. «Auch

will unsere Initiative den privaten Radio- und Fernsehsendern mindestens den heutigen Gebührenbeitrag zukommen lassen», ergänzt er.

### **Notwendige Entlastung**

Medienpolitiker und Nationalrat Gregor Rutz stellt fest, dass die SRG heute in Marktbereiche vordringen würde, welche nicht zu ihrem konzessionierten Auftrag gehörten. Ihre Tätigkeiten reichten weit über den «Service public»-Auftrag hinaus. Er hält fest: «Die SRG betreibt Radiosender, die eine direkte Konkurrenz zu bestehenden privaten Angeboten darstellen; sie produziert TV-Sendungen, welche nicht zum «Service public»-Auftrag gehören und sie baut ihr Online-Angebot immer mehr aus.» Gerade im Online-Bereich stellen die Angebote der SRG jedoch eine Hauptkonkurrenz zu den privaten Medienunternehmen dar. Die Initiative «200 Franken sind genug» führt zur notwendigen Grundsatzdiskussion über die Definition und den Umfang des «Service public» im Medienbereich. Die Initiative entlastet zudem alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber die Jungen und die Single-Haushalte.

**Unterscheiden Sie jetzt die Initiative unter [www.srg-initiative.ch](http://www.srg-initiative.ch)**

### **Nachgefragt bei**



**Thomas Matter**  
Nationalrat (ZH)

### *Weshalb setzen Sie sich für die Initiative ein?*

Mit unserer Gebührenreduktion auf 200 Franken bleibt den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Firmen mehr Geld im Portemonnaie, über das sie nach eigenem Willen frei verfügen können. Und gleichzeitig wird die SRG gezwungen, sich auf ihren Grundauftrag zu besinnen. Indem wir vorsehen, dass die privaten Anbieter von Radio und Fernsehen den heutigen Gebührenanteil in Franken erhalten, sorgen wir für einen faireren Wettbewerb zwischen der faktischen Monopolanstalt und den Privaten. Die sprachlichen Minderheiten sollen im Sinne der eidgenössischen Solidarität durch einen Finanzausgleich weiterhin gleichwertige Programme wie jene von Radio und Fernsehen SRF erhalten.

Unsere SRG-Initiative kommt auch der jüngeren Generation entgegen, die seit Jahren ein Angebot finanzieren muss, dass sie längst nicht mehr konsumiert. Unsere Volksinitiative dürfte aber auch von den Alleinlebenden begrüsst werden. Denn auch die Single-Haushalte – die in der Schweiz gut ein Drittel ausmachen – tragen eine sachlich nicht begründbare Mehrbelastung, die wir reduzieren wollen.



# Jetzt Energiekosten senken

**Die Bundeshausfraktion der SVP fordert eine ausserordentliche Session, um die steigenden Energiekosten zu senken.**

Der Krieg in der Ukraine hat auch für die Menschen in der Schweiz gravierende Folgen. Die Preise für Treib- und Brennstoffe sind in einem historischen Ausmass gestiegen, die Mehrkosten tragen letztlich die Konsumenten, denen immer weniger im Portemonnaie bleibt. Sie leiden zunehmend unter dem Schwund der Kaufkraft. Dies belastet zunehmend nicht nur das Gewerbe und den Mittelstand. Insbesondere ältere Menschen, Familien und jene, die zwingend auf ein Auto angewiesen sind, können sich Mobilität und Heizen bald nicht mehr leisten. «Die Linke und die Gewerkschaften wollen die Krise für noch mehr Umverteilung, für generelle Lohnerhöhungen und einen Ausbau des Sozialstaates nutzen», sagt Walter Wobmann, Nationalrat (SO). Aus Sicht der SVP muss es bei der drohenden Inflation jedoch um Entlastung und nicht um Umverteilung gehen.

## Schnell handeln

Während unsere Nachbarländer die Benzin- und Dieselpreise senken, unternimmt der Bundesrat nichts gegen die steigenden Preise und den Kaufkraftverlust der Menschen in der Schweiz. Dies will die SVP ändern. Die SVP Bundeshausfraktion fordert die Benzin-, Diesel- und Heizölpreise auch in der Schweiz sofort zu senken. Die Fraktion hat dazu im Stände- und Nationalrat verschiedene Vorstösse eingereicht mit dem Ziel, Private und Unternehmen sofort zu entlasten. Um keine Zeit zu verlieren, fordert die Fraktion eine rasche Behandlung der Vorstösse in einer ausserordentlichen Session im Rahmen der Sommersession.



## Bild des Monats



## SVP Kantonsratsfraktion

Die SVP Kantonsratsfraktion bereitet sich auf die kommende Session vom 16., 17. und 23. Mai 2022 vor. Nach den Vorgaben für Events und Veranstaltungen zur Bekämpfung von Covid-19, wurden die Regeln nun fallen gelassen. Damit finden die Fraktionssitzungen wieder turnusgemäss in einem der Luzerner Wahlkreise statt. Diese Sitzung führte unsere Fraktion nach Flühli im Wahlkreis Entlebuch.

Jetzt anmelden!

# KLIMA- SCHUTZ UND VERSORGUNGS- SICHERHEIT

Öffentlicher Anlass mit Referaten  
von CEO CKW, Martin Schwab und  
Nationalrat Christian Imark.

Der Eintritt ist frei.

Veranstaltungspartner:

**CKW.**

**Donnerstag, 2. Juni 2022**  
**19.30 – 21.30 Uhr**  
**CKW Rathausen,**  
**6032 Emmen**



Weitere Infos und Anmeldung bis  
Samstag, 28.5.2022, unter:  
[www.svp-lu.ch/termine/klimaschutz/](http://www.svp-lu.ch/termine/klimaschutz/)

**Infos über die SVP Kanton Luzern:**  
**[www.svplu.ch](http://www.svplu.ch)**



**Die Senkung der Firmensteuern hat sich gelohnt. Eine tiefe Steuerbelastung ist für die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen als Wirtschaftsstandort im interkantonalen wie internationalen Standortwettbewerb entscheidend.**

Mit dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) wird die Ungleichheit in der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den Kantonen reduziert. Ihm liegt die Idee der Solidarität zugrunde. Der Kanton Luzern ist ein sogenannter Nehmerkanton. Um seine Abhängigkeit vom NFA zu verringern, hat der Kanton Luzern in seine Standortattraktivität investiert. Eine zentrale Massnahme davon war die Senkung der Unternehmenssteuern. So wurden 2012 die Firmensteuern auf das landesweit tiefste Niveau gesenkt. Dieser Schritt wurde insbesondere von linker Seite stark kritisiert. Während der Kanton 2011 noch 360 Millionen Franken aus dem NFA erhalten hat, waren es 2021 noch 135 Millionen.

## Positives Zeichen

Eine Studie von Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger vom Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik an der Universität Luzern, kurz IWP, zeigt nun: Das dazugewonnene Steueraufkommen durch den Zuzug neuer Unternehmen ist erstmals höher als die rückläufigen Gelder aus dem Nationalen Finanzausgleich (NFA). Mit dem nun erlangten Ressourcenindex werden die Mehrein-

nahmen der Steuern grösser sein als die Reduktion aus dem NFA. Der Rückgang der Ausgleichszahlungen aus dem NFA sind für den Kanton Luzern ein positives Zeichen: In den vergangenen Jahren konnte der Kanton Luzern im Vergleich zu den anderen Kantonen eine überdurchschnittliche Ressourcenentwicklung vorweisen.

## Rückgrat unserer Wirtschaft

Professor Dr. Christoph A. Schaltegger kommt in seiner Studie zum Schluss, dass sich in den vergangenen Jahren die Situation für den Kanton Luzern

*Im Kanton Luzern bilden die KMU das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dank tiefen Unternehmenssteuern entwickelt sich nicht nur eine sehr positive Wertschöpfung, sondern auch ein sehr gesundes Stellenwachstum.*

merklich verbessert hat. Dafür verantwortlich sind hauptsächlich die erhöhte Finanzkraft Luzerns und die Reformen des Finanzausgleichs. Aus Sicht der SVP Kanton Luzern ist diese Entwicklung sehr erfreulich, bestätigt sie doch ihre Finanzpolitik. Im Kanton Luzern bilden die KMU das Rückgrat unserer Wirtschaft. Dank tiefen Unternehmenssteuern entwickelt sich nicht nur eine sehr positive Wertschöpfung, sondern auch ein sehr gesundes Stellenwachstum.

Die überdurchschnittlich positive Entwicklung, welche in der Luzerner Wirtschaft festzustellen ist, führt zu einem hohen Bruttoinlandprodukt im Kanton Luzern.